

zur 52. Hauptversammlung des Verbands Sonderpädagogik e.V.

Demokratie braucht Engagement, Haltung und gemeinsames Handeln.



Chemnitz, 22. November 2025

Vom 20. bis 22. November 2025 fand in Chemnitz die 52. Bundeshauptversammlung des Verbands Sonderpädagogik e.V. statt. Das **Tagungsmotto „Vielfalt – Teilhabe – Demokratie“** regte zu einem intensiven Austausch an und initiierte einen Diskurs mit unmittelbarem Bezug zu den aktuell besorgniserregenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Wie schon aus der Regensburger Erklärung aus dem Jahr 2023 hervorgeht, benötigt unser Land eine gefestigte und wehrhafte Demokratie, die sich ihren Gegnern und Zweiflern entschlossen entgegensetzt. Wir stehen nach wie vor geeint hinter dieser Erklärung und erneuern und stärken diese Gedanken mit der „Chemnitzer Deklaration“.

Der Verband Sonderpädagogik beteiligt sich aktiv am weiteren Ausbau einer inklusiven Gesellschaft und stellt sich solidarisch an die Seite aller gleichgesinnten Menschen, Verbände und Institutionen in unserem Land, die **Rechtspopulismus und Demokratieabbau** entgegenreten.

Demokratie braucht Engagement, Haltung, Teilhabe und gemeinsames Handeln.

Eine demokratische Gesellschaft kann nur dann bestehen, wenn alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sprache, Behinderung, sozialem Status oder religiöser Zugehörigkeit – gleichberechtigt an ihr teilhaben können. Inklusive Bildung ist dafür das Fundament. Sie schafft die Voraussetzungen, damit Menschen frühzeitig erfahren, dass Unterschiedlichkeit keinen Nachteil, sondern Stärke bedeutet.

Demokratie braucht Schulen, die Vielfalt leben.

Bildungseinrichtungen müssen Orte sein, an denen Vielfalt sichtbar und erfahrbar sowie wertgeschätzt wird. Dazu gehören barrierefreie Lernumgebungen, multiprofessionelle Teams, individualisierte Lernangebote und eine Kultur der gegenseitigen Unterstützung. Pädagoginnen und Pädagogen benötigen hierfür Zeit, Ressourcen, fachliche Begleitung und gesellschaftliche Rückendeckung. Nur so kann eine inklusive Schulkultur entstehen, die niemanden ausschließt und allen Kindern und Jugendlichen eine Stimme gibt.

Demokratie braucht verlässliche politische Entscheidungen.

Politik ist aufgefordert, inklusive Bildung nicht länger als Wahloption, sondern als verbindliche gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Es braucht eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung, strukturelle Absicherung und klare Zuständigkeiten. Inklusion darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen, sondern muss systemisch verankert werden. Sie bedarf beherzter Verwaltungsentscheidungen aller.

Demokratie braucht Haltung.

In einer Zeit, in der populistische und ausgrenzende Stimmen lauter werden, ist es umso wichtiger, Haltung zu zeigen. Der Verband Sonderpädagogik ruft alle Akteurinnen und Akteure im Bildungswesen, in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auf, sich klar zu Menschenrechten, Vielfalt und Teilhabe zu bekennen. Wir stehen gemeinsam gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und jede Form von Abwertung. Aus diesem Grund distanziert sich der vds von Organisationen und Parteien, die die Würde bestimmter menschlicher Gruppen für antastbar erklären und sich damit außerhalb der Grundlagen unseres Grundgesetzes stellen und die in Wort und Tat Überzeugungen zum Ausdruck bringen, die nicht mit den Werten unseres Verbands vereinbar sind.

Demokratie braucht Zukunft.

Nur durch konsequente inklusive Bildung kann eine Gesellschaft entstehen, die gerecht, solidarisch und zukunftsfähig ist. Inklusion ist kein Luxus – sie ist die Voraussetzung für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben. Der Verband Sonderpädagogik e.V. bekräftigt daher: Wir werden uns weiterhin mit großem Nachdruck, großer Fachlichkeit und Leidenschaft für inklusive Bildung einsetzen – in Schulen, in Politik und in der öffentlichen Debatte. Denn:

Demokratie braucht Inklusion – und Inklusion braucht uns alle.

Regensburger Erklärung

Demokratie braucht Inklusion

Chemnitzer Deklaration

Demokratie braucht Engagement, Haltung und gemeinsames Handeln.

Mitglied werden!



zur 51. Hauptversammlung des Verbands Sonderpädagogik e.V.

Demokratie braucht Inklusion



Würzburg, den 28. November 2023

Vom 16. bis 18. November 2023 fand in Regensburg die 51. Bundeshauptversammlung des Verbands Sonderpädagogik e.V. statt. RUnd um das hochaktuelle **Tagungsmotto „Demokratie braucht Inklusion“** fanden ein reger Austausch und ein Diskurs mit unmittelbarem Bezug zu den aktuell besorgniserregenden gesellschaftlichen Entwicklungen statt. Mehr denn je wird eine gefestigte Demokratie benötigt, die sich ihren Gegnern und Zweiflern entgegensetzt. Nicht hinnehmbar ist, dass Personen bestimmter politischer Ausrichtungen in unserem Land, das stolz auf seine demokratische Redefreiheit ist, das Menschenrecht auf Inklusion infrage stellen und die Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen gegen alle menschenrechtlichen Grundlagen propagieren.

Der Verband Sonderpädagogik beteiligt sich aktiv am weiteren Ausbau einer inklusiven Gesellschaft und stellt sich solidarisch an die Seite aller gleichgesinnten Menschen, Verbände und Institutionen in unserem Land, die **Rechtspopulismus und Demokratieabbau** entgegenreten.

Die demokratische Überzeugung und solidarische Haltung aller Anwesenden lösten eine Aufbruchstimmung aus, beflügelten spürbar die Arbeit und mündeten in einer einstimmigen Positionierung in der **Regensburger Erklärung**.

Inklusive Bildung ist nicht verhandelbar, sie stellt ein Menschenrecht dar.

Inklusion und Demokratie sind aufeinander angewiesen, brauchen Menschen, die sich für Vielfalt, Weltoffenheit, Toleranz und Meinungsfreiheit einsetzen, die viele unterschiedliche Sichtweisen, diverse Lebensgeschichten und feste demokratische Grundüberzeugungen vertreten.

Inklusion ist Voraussetzung für demokratisches Handeln, gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation aller Menschen, die Anerkennung eines jeden Individuums mit seiner Einzigartigkeit und die Förderung der Selbstwirksamkeit. Die Heterogenität der Menschen ist Ressource und Bereicherung der Gesellschaft.

Der Verband Sonderpädagogik steht für diese Grundwerte und tritt mit seiner gesamten Fachlichkeit für eine gesicherte, unterschiedslose Bildungsteilhabe aller Menschen ein.

Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sieht aktuell erheblichen Nachholbedarf bei der Ausgestaltung der inklusiven Bildung in Deutschland. Trotz diverser Rechtsgrundlagen und Selbstverpflichtungen erfährt Inklusion hierzulande keine ausreichende Gestaltung, geschweige denn ist sie eine Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft. Stattdessen ist zu beobachten, dass der Rückhalt für ein inklusives Bildungswesen eher schwindet.

Das deutsche Bildungssystem ist mit riesigen Herausforderungen wie zum Beispiel Fachkräftemangel, sinkendes Bildungsniveau, mangelhafte Bildungsgerechtigkeit und Digitalisierung konfrontiert. Doch weder die Inklusion noch die zunehmend heterogene Schülerschaft sind schuld an der Bildungsmisere.

Inklusion und Vielfalt sind keine Belastung für unser Bildungssystem, sondern Chance, Lösung und Notwendigkeit für viele gesellschaftliche Herausforderungen in unserem demokratischen Staat.

Alle Schülerinnen und Schüler profitieren von inklusiver Bildung. Ziel von humanistischer, demokratischer und inklusiver Bildung ist es stets, alle jungen Menschen – mit und ohne Behinderung, mit und ohne Reichtum, mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Traumata usw. – in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern, ihr Wissen und ihre Kompetenzen zu weiten und sie zu demokratischen Mitgliedern unserer Gesellschaft heranzubilden. Davon profitieren alle!

Die Stimmen, die sich für inklusives Leben und Lernen einsetzen, sind aktuell zu leise und finden zu wenig Gehör. **Demokratie und Inklusion benötigen auf allen gesellschaftlichen Ebenen klare Bekenntnisse zu Mitmenschlichkeit und Empathie und ein engagiertes Eintreten für diese Haltung.** Fehlendem Verständnis für inklusive Bildung muss durch Fürsprache und Dialog auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene begegnet werden, um das Bewusstsein für die Bedeutung des Themas wach zu halten.

Der Verband Sonderpädagogik wird lauter werden, Ideen entwickeln, sich mit noch mehr Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Medien vernetzen, mit ihnen diskutieren, sich beraten und verbünden.

Demokratie braucht Inklusion

Verband Sonderpädagogik e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Hans-Sachs-Weg 18, 97082 Würzburg
post@verband-sonderpaedagogik.de
www.verband-sonderpaedagogik.de

